

**Bernhard Löffler**  
**Geschäftsführer DGB Nordwürttemberg**

**Schluss mit dem Kaputtsparen Griechenlands**  
**– für ein solidarisches Europa**

**Kundgebung auf dem Schillerplatz**

**Stuttgart, 3. Juli 2015**

**Veranstalter: Initiative „Neue hellenische Gemeinde“, attac Stuttgart, Die AnStifter**

---

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bis vor einigen Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass ein Mitglied der Europäischen Union derart international an den Pranger gestellt wird wie Griechenland jetzt.

Einem ganzen Land, seinen Bürgerinnen und Bürgern, wurde die Würde genommen.

So etwas darf in einem Europa, das immer weiter zusammenwachsen will, nicht passieren.

„Die Würde eines jeden Menschen muss im Zentrum jeder politischen und technischen Debatte stehen.“

Daran hat Papst Franziskus dieser Tage erinnert.

Er hat Recht.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind so bedrückend, dass die Menschen nicht mehr frei atmen können.

Rentnerinnen und Rentner befürchten, dass ihre kleinen Renten noch weiter gekürzt werden.

Frauen müssen für einen Stundenlohn von 2,50 Euro zehn Stunden am Tag arbeiten.

Eltern können ihre kranken Kinder nicht zum Arzt bringen, weil sie nicht krankenversichert sind.

Jugendliche fühlen sich nutzlos, weil niemand sie beschäftigen will.

All diese Menschen müssen Entwürdigendes ertragen.

Warum schaffen wir es in Europa nicht, eine auf sozialen Ausgleich bedachte Politik zu verwirklichen?

Warum lassen wir es zu, dass einige deutsche Medien das arme Griechenland gegen das wohlhabende Deutschland ausspielen?

Warum reden wir nicht über Armut in Griechenland und in Deutschland – und über Reichtum in Deutschland und in Griechenland?

In Wahrheit verlaufen die Konflikte zwischen Arm und Reich und nicht zwischen Ländern.

Die internationalen Institutionen wie der IWF vertreten die Interessen der Reichen.

Sie betreiben eine einseitige Politik.

Deshalb ist es so wichtig, dass die europäische Zivilgesellschaft einen Kontrapunkt setzt.

Liebe Freundinnen und Freunde, ihr zeigt heute, dass ihr solidarisch seid mit dem Menschen in Griechenland.

Ihr setzt euch dafür ein, dass Europa nicht kaputtgespart wird.

Wachstum kann es nur mit Investitionen geben.

Immer neue Kürzungen bei Löhnen und Renten drücken die griechische Volkswirtschaft immer tiefer in die Rezession.

Statt die Millionäre zur Kasse zu bitten, werden die Menschen belastet, die gerade kein Vermögen haben und die nicht durch Steuertricks und Kapitalflucht dem Staat ein Schnippchen schlagen können.

Die griechische Wirtschaft hat unter dem Spardiktat stark an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Folge waren Entlassungen, Pleiten von kleinen Betrieben, hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Renten.

Einer der Gründe hierfür ist die deutsche Wirtschaftspolitik. Massenhaftes Lohndumping hat unserer Volkswirtschaft enorme Wettbewerbsvorteile verschafft. „Deutschland hat in den letzten Jahren unter seinen Verhältnissen gelebt.“ Diese Analyse des renommierten Wirtschaftswissenschaftlers Heiner Flassbeck bringt es auf den Punkt.

Die Folgen sind für ganz Europa verheerend – wirtschaftlich und politisch.

Die Menschen sind frustriert und dadurch eher geneigt, antieuropäische, rechtspopulistische Parteien zu wählen.

Der Rechtsruck in Europa ist schon jetzt spürbar.

Er könnte sich bei den nächsten Wahlen in Italien und Frankreich noch verstärken.

Deutschland glänzt zwar mit seinen Exporten.

Aber diese Erfolgsbilanz ist auch erkaufte mit Lohndumping.

Trotz des Mindestlohns haben wir in Deutschland einen breiten Niedriglohnsektor.

Und er wird sich noch weiter ausweiten, wenn die Tarifbindung nicht gestärkt wird und wenn der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen nicht endlich beendet wird.

Börsennotierte Konzerne werden versuchen, die Löhne weiter drücken – wie jetzt bei der Post zu besichtigen. Unternehmen stehlen sich aus den Tarifverträgen, um ihre Beschäftigten schlechter bezahlen zu können.

Die fortschreitende Digitalisierung wird weitere Arbeitsplätze kosten.

Griechenland – und auch Ländern wie Frankreich, Spanien und Italien wäre geholfen, wenn bei uns die Löhne in den nächsten Jahren deutlich steigen. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht in der EU könnte auf diese Weise abgemildert werden.

Dann wäre der Verkäuferin hier in Stuttgart genauso geholfen wie dem kleinen Mittelständler in Thessaloniki und dem Mitarbeiter eines französischen Autozulieferers.

Durch den Druck, den die europäischen Institutionen und der IWF in den vergangenen Wochen auf die griechische Regierung aufgebaut haben, ist überdeutlich klar geworden:

das Land wird durch überzogene Sparmaßnahmen in die Knie gezwungen.

Griechenland hat keine realistische Chance, seinen immensen Schuldenberg aus eigener Kraft abzubauen.

Das Land braucht Zeit, um funktionierende staatliche Strukturen aufzubauen.

Vetternwirtschaft, Steuerbetrug, Schlendrian und Inkompetenz in den Behörden lassen sich nicht von heute auf morgen abstellen.

Die Rechte der Gewerkschaften müssen wiederhergestellt werden.

Die griechischen Gewerkschaften fordern, dass die Tarifautonomie endlich wieder in Kraft gesetzt werden muss.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind durch das Aushebeln der Tarifautonomie ihren Arbeitgebern ausgeliefert.

Sie sind erpressbar geworden.

Die Arbeitgeber setzten den Beschäftigtenvertretern die Pistole auf die Brust:  
Entweder ihr akzeptiert Lohnsenkungen von 25 bis 30 Prozent oder die Beschäftigten werden entlassen.

Das sind frühkapitalistische Zustände.

In Griechenland gibt es ungefähr 4000 Minigewerkschaften.

Ihnen fehlt es an Verhandlungsmacht.

Die neue Regierung müsste dafür sorgen, dass größere Branchengewerkschaften gebildet werden können.

Sie müsste sich darum kümmern, dass eine echte Arbeitnehmervertretung in den zumeist kleinen Unternehmen geschaffen wird.

Das wäre ein Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie.

Die Demokratie wurde seit Ausbruch der Krise 2008 immer weiter ausgehöhlt.

Die Griechen konnten nie wirklich über die Sparvorschläge der sogenannten Troika abstimmen.

Jetzt gibt es ein Referendum – viel zu spät.

Am Sonntag sind die griechischen Bürgerinnen und Bürger nicht frei in ihrer Entscheidung.

Die internationalen Gläubiger bauen einen immens hohen Druck auf.

Stimmt die Bevölkerung mehrheitlich gegen die Sparvorschläge, wird Griechenland aus der gemeinsamen Währung gedrängt.

Die Mehrheit der Griechinnen und Griechen möchte aber den Euro behalten.

Der DGB und der griechische Gewerkschaftsbund GSEE haben an die Institutionen und an alle EU-Regierungen appelliert, einen Grexit mit aller Kraft zu verhindern.

Es muss eine nachhaltige Lösung für die griechischen Schulden geben.

Damit wir wieder stolz sein können auf Europa.

Damit die Griechinnen und Griechen ihre Würde zurückerhalten.

Damit die europäische Freundschaft nicht durch sogenannte Hilfspakete belastet wird, sondern Freunde und Freundinnen sich auf Augenhöhe begegnen.

Ich danke Euch.